

SITZUNG

Sitzungstag:

06.07.2016

Sitzungsort:

Kusel

Namen der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

Niederschriftführer

KOVR Manfred Drumm	
--------------------	--

SPD

Frank Aulenbacher	
Matthias Bachmann	
Klaus Drumm	
Horst Flesch	
Frieder Haag	
Peter Koch	
Ute Lauer	
Inge Lütz	
Erwin Reiber	
Gerd Rudolph	
Andrea Schneider	

CDU

Christoph Lothschütz	entschuldigt für TOP 1 und 2
Dr. Leo Reiser	
Otto Rubly	entschuldigt für TOP 1 und 2
Rosemarie Saalfeld	
Dr. Stefan Spitzer	
Josef Weis	entschuldigt für TOP 1 und 2

FWG

Herwart Dilly	
Hans Harth	
Hans Schlemmer	
Helge Schwab	
Heinrich Steinhauer	

Bündnis 90/ Die Grünen

Patricia Altherr	
Dr. Wolfgang Frey	
Andreas Hartenfels	

FDP

Peter Jakob	
-------------	--

Die Linke

Stefan Krob	
-------------	--

Kreisbeigeordnete

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	
Kreisbeigeordneter Dr. Oliver Kusch	

Verwaltung

KA Christoph Dinges	
Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
Kreisbeschäftigte Christine Löwe	
Beschäftigte des Landes Miriam Sommer	

Abwesend:

SPD

Rudi Agne	entschuldigt
Jürgen Kreischer	entschuldigt
Ralf Nagel	entschuldigt
Dieter Schnitzer	entschuldigt

CDU

Sven Eckert	entschuldigt
Xaver Jung	entschuldigt
Pius Klein	entschuldigt
Michael Kolter	entschuldigt
Katharina Marchetti	entschuldigt

FWG

Olaf Radolak	entschuldigt
--------------	--------------

Parteilos

Patrick Hoffmann	entschuldigt
------------------	--------------

Kreisbeigeordnete

Kreisbeigeordneter Egbert Jung	entschuldigt
--------------------------------	--------------

Tagesordnung

**der Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 06.07.2016, um 15:00 Uhr,
im Dorfgemeinschaftshaus, Mühlweg 9, 66887 Bosenbach**

A) Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Nachwahl eines Beisitzers zum Kreisrechtsausschuss
3. Einrichtung eines Polizeibeirates im Landkreis Kusel
4. Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses Kusel
5. Weiterung der Haushaltsgenehmigung 2016 für den Landkreis
6. Anfragen von Fraktionen des Kreistages
hier: Kommunales Investitionsprogramm 3.0 - Rheinland-Pfalz (CDU)
7. Weitere Informationen

B) Nichtöffentlicher Teil

8. Personalangelegenheiten
9. Informationen

Kreistags-Sitzung am 06.07.2016 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 25		
TOP: 1	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende erklärte, dass bei der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen eingegangen seien.

Kreistags-Sitzung am 06.07.2016 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 24		
TOP: 2	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 24	Dagegen 0	Enthaltung 0

Nachwahl eines Beisitzers zum Kreisrechtsausschuss

Mit Schreiben vom 07.04.2016 erklärte Herr Peter Koch seinen Rücktritt als Beisitzer des Kreisrechtsausschusses.

Die SPD-Fraktion schlägt Herrn Thomas Danneck als Nachfolger von Herrn Peter Koch vor.

Die Wahl erfolgt in öffentlicher Sitzung im Wege geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel, sofern der Kreistag nicht ausdrücklich etwas anderes beschließt (§ 33 Abs. 5 LKO).

Der Wahlvorschlag lag den Mitgliedern des Kreistages vor.

Der Kreistag stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden die Wahl per Akklamation durchzuführen einstimmig zu.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Wahlvorschlag der SPD-Fraktion zur Wahl von Herrn Thomas Danneck als Nachfolger von Herrn Peter Koch zu.

Kreistags-Sitzung am 06.07.2016 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 28		
TOP: 3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 28	Dagegen 0	Enthaltung 0

Einrichtung eines Polizeibeirates im Landkreis Kusel

Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden, berichtete der Inspekteur der Polizei, Herr Jürgen Schmitt, über die schrittweise Entwicklung der rheinland-pfälzischen Polizei zu einer Bürgerpolizei. Durch die Beteiligung der Bürger sei die Polizei in der Lage deutlich mehr Straftaten aufzuklären, als ohne die Hinweise aus der Bevölkerung. Um die Bürgerbeteiligung noch systematischer und professioneller zu gestalten sei es wichtig Bürger, Kommunalverwaltungen und Polizei noch enger zu vernetzen. Neben Bürgerforen, die den Austausch zwischen Bürgern und Polizei intensivieren sollen und mobilen Wachen, die als Fußstreifen in öffentlichen Räumen unterwegs seien, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, sei beabsichtigt als drittes Instrument der Bürgerbeteiligung einen Polizeibeirat im Landkreis Kusel zu gründen.

Anschließend erläuterte der Präsident des Polizeipräsidiums Westpfalz, Herr Elmar May, das Konzept des Polizeibeirates, der zunächst als Modellprojekt im Landkreis Kusel gegründet werden solle. Guten Erfahrungen aus anderen Bundesländern zur Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit seien ausschlaggebend gewesen das Vorhaben als Pilotprojekt im Landkreis Kusel umsetzen zu wollen. Der Polizeibeirat soll das strukturierte und gemeinsame Handeln der Behörden und der Polizeiinspektionen Kusel und Lauterecken zusammen mit den Bürgern weiter verbessern und so auch deren Handeln transparenter gestalten. Der Polizeibeirat sei ein offenes Gremium das sich aus Vertretern der Kommunalpolitik und der Polizeiinspektion Westpfalz, aber auch aus interessierten Bürgern zusammensetze. Neben den persönlichen Einladungen an die konstanten Mitglieder werde jede Sitzung des Polizeibeirates öffentlich bekanntgemacht und so jedem interessierten Bürger die Möglichkeit gegeben an den Sitzungen teilzunehmen.

Herr Dr. Stefan Spitzer (CDU) wies in dem Zusammenhang auf die Parallelen zu den kommunalpräventiven Räten und fragte auch nach dem Unterschied.

Herr May antwortete, dass der Polizeibeirat und die kommunalpräventiven Räte parallel agieren und gegebenenfalls auch zu den Sitzungen eingeladen werden könnten. Es gäbe sicherlich Überschneidungen, der intensive Austausch und die punktuelle Beteiligung von Experten seien weitere Vorteile. Anschließend beantwortete er weitere Fragen der Kreistagsmitglieder.

Bevor über die Einrichtung des Polizeibeirates abgestimmt wurde, folgte eine allgemeine Diskussion über die Personalausstattung der Polizei.

Während der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt trafen die Kreistagsmitglieder Christoph Lothschütz, Otto Rubly und Josef Weiß ein.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung eines Polizeibeirates im Landkreis Kusel.

Kreistags-Sitzung am 06.07.2016 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 28		
TOP: 4	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 28	Dagegen 0	Enthaltung 0

Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses Kusel

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend startet ab 2017 ein neues Bundesprogramm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Deutschland. Damit wird das bis Ende 2016 laufende Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II in eine weitere Förderung mit neuer inhaltlicher Fokussierung überführt. Ziel ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, den demografischen Wandel unter Einbindung der Mehrgenerationenhäuser bestmöglich zu gestalten. Das neue Programm soll zunächst bis 2020 laufen.

Die Auswahl der Zuwendungsempfänger erfolgt zweistufig und besteht aus einem Interessenbekundungs- und Antragsverfahren. Die Interessensbekundung des bisherigen Trägers des Mehrgenerationenhauses Kusel, dem CJD Jugenddorf Wolfstein im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. ist fristgerecht erfolgt. In der zweiten Stufe werden die Bewerber der ausgewählten Interessenbekundungen aufgefordert, einen formellen Antrag zu stellen. Diesem Antrag sind der Beschluss der Kommune mit der Aussage, dass das Mehrgenerationenhaus Bestandteil der kommunalen Planungen zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung ist sowie der Beschluss zur Kofinanzierung beizufügen.

Das Mehrgenerationenhaus Kusel bietet vielfältige Maßnahmen und Aktivitäten um dem Strukturwandel in den Familien zu begegnen und hat sich zu einem festen Bestandteil im sozialen Füreinander vieler Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Kusel entwickelt. Es ist dabei mit zahlreichen Partnern vernetzt und leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Menschen verschiedener Generationen sondern auch zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Das Mehrgenerationenhaus Kusel ist seit 2007 ununterbrochen im Bundesprogramm aufgenommen und erhält dort einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von jährlich 30.000,00 €. Voraussetzung für die Bewilligung ist eine jährliche kommunale Kofinanzierung in Höhe von 10.000,00 €. Diese Komplementärförderung hat der Landkreis Kusel (3.800,- Euro) und die Stadt Kusel (6.200,- Euro) geleistet.

Mit der Bewerbung für die Aufnahme des Bundesprogramms soll die erfolgreiche Arbeit des Mehrgenerationenhauses fortgesetzt und schwerpunktmäßig intensiviert werden. Die Schwerpunktziele und deren Angebote zur Umsetzung werden gemeinsam mit der Stadt und dem Landkreis Kusel festgelegt. Die Verwaltung schlägt vor, die bisherige Förderung des Landkreises i.H.v. 3.800,- Euro/Jahr für die gesamte Programmlaufzeit (01.01.2017 bis 31.12.2020) fortzusetzen und die dafür erforderlichen Haushaltsmittel jeweils im Kreishaushalt bereitzustellen.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Kusel bekräftigt, dass das Mehrgenerationenhaus Kusel ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Planungen zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung ist. Der Landkreis stellt ab 2017 jährlich 3.800,- Euro bereit.

Kreistags-Sitzung am 06.07.2016 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 28		
TOP: 5	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Weiterung der Haushaltsgenehmigung 2016 für den Landkreis

Der Vorsitzende teilte zunächst mit, dass die Aufsichtsbehörde die Haushaltssatzung und sämtliche im Haushaltsplan veranschlagten Maßnahmen genehmigt habe, jedoch auch auf die Pflicht des Landkreises verwiesen habe die Einnahmen zu optimieren. Von zentraler Bedeutung seien dabei die Einnahmen aus der Erhebung der Kreisumlage, deren Hebesatz mit 39,5 Prozent um mehr als vier Prozent unter dem Landesdurchschnitt liege. Gemäß der im Jahr 2013 getroffenen Vereinbarung, als die Kreisumlage um 1,5 Prozent erhöht und gleichzeitig für drei Jahre fixiert wurde, habe die Aufsichtsbehörde den Umlagehebesatz für das Jahr 2016 nicht beanstanden können, werde dies jedoch sehr sicher in nächsten Jahr tun, sollte nicht zuvor eine konstruktive Lösung gefunden werden. Der Vorsitzende beabsichtige diesen Punkt frühzeitig mit den Verbandsgemeinden und der Aufsichtsbehörde zu besprechen um auch im kommenden Jahr eine Haushaltsgenehmigung zu erhalten. Als ersten Schritt müsse man der Aufsichtsbehörde eine Liste vorlegen woraus die Finanzkraft der kreisangehörigen Kommunen ersichtlich sei. Darüber hinaus werde ein Konzept gefordert, das beschreibt, wie die Fehlbeträge und die Liquiditätskredite künftig reduziert werden sollen.

Herr Christoph Lothschütz (CDU) regte in diesem Zusammenhang an innerhalb der Kreisverwaltung Organisationsuntersuchungen durchzuführen.

Der Vorsitzende verwies in diesem Zusammenhang auf die kürzlich durchgeführte Prüfung durch den Rechnungshof, der zum einen nichts beanstandet habe und zum anderen eine schlanke Verwaltungsstruktur ohne hauptamtliche Beigeordnete bescheinigt habe. Des Weiteren seien die Mitarbeiter in der Verwaltung ohnehin sehr pflichtbewusst im Umgang mit den verfügbaren Haushaltsmitteln.

Herr Dr. Stefan Spitzer (CDU) wies bezüglich der Umlagehöhe auf die Verbandsgemeinden hin, die als Schulträger die Ausgaben an der Realschule Plus mitfinanzieren.

Das Kreistagsmitglied Peter Jakob (FDP) gab zu bedenken, dass die Aufsichtsbehörde auch an die Finanzlage der ortsansässigen Firmen denke müsse, wenn die Ortsgemeinden die Realsteuerhebesätze erhöhen müssen, um eine Kreisumlageerhöhung abdecken zu können.

Kreistags-Sitzung am 06.07.2016 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 28		
TOP: 6	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Anfragen von Fraktionen des Kreistages

hier: Kommunales Investitionsprogramm 3.0 - Rheinland-Pfalz (CDU)

Der Vorsitzende erläuterte die Anfrage kurz, ging auf die wesentlichen Punkte ein und verwies im Übrigen auf die den Kreistagsmitgliedern vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Kreistags-Sitzung am 06.07.2016 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 28		
TOP: 7	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Weitere Informationen

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende im Wesentlichen über folgende Punkte:

- **Aufnahme in der Siebenpfeiffer-Stiftung**
- **Prüfung Bundesrechnungshof**

Der Bundesrechnungshof habe kürzlich die abweichenden Festlegungen der Regelsätze bei der Gewährung von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII geprüft und bei der anschließenden Abschlussbesprechung mitgeteilt, dass es keine Beanstandungen gebe.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Informationen des Vorsitzenden zur Kenntnis. Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgetragenen Informationen wurden nicht erhoben.

Die Sitzung begann um 15:00 Uhr und endete gegen 17:00 Uhr.

Geschlossen:

Der Vorsitzende:
gez.
(Dr. Winfried Hirschberger)
Landrat

Der Schriftführer:
gez.
(Manfred Drumm)
Kreisoberverwaltungsrat